



Bürgerinitiative

KEIN STEINKOHLKRAFTWERK LUBMIN e.V. i.G.

*Michael Voitacha - Vereinsvorsitzender
Hauptstr. 10, 17449 Peenemünde*

Bundesministerium für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit
Herrn Sigmar Gabriel – Bundesminister
Alexanderstraße 3
10178 Berlin-Mitte

Donnerstag, 14. Juni 2007

[Ihre Zeichen/Ihre Nachricht vom]

[meine Zeichen/meine Nachricht vom]
MiWo

Telefon / Mobil / E-Mail
038371-55866 / 01772711688/ micspeed@web.de

Sehr geehrter Herr Minister Gabriel,

die Sorge um die gedeihliche Entwicklung unserer Region hat uns diese Bürgerinitiative gründen lassen. Die Region um den Wirtschaftsstandort Lubmin ist eine reine Tourismusregion.

Der Tourismus ist die Haupteinkunftsquelle der hier lebenden Bevölkerung. Hinzu kommen, dass dieser Standort mitten in einem FFH-Gebiet, direkt angrenzend an ein Vogelschutzgebiet, wozu auch der Greifswalder Bodden selbst gehört, und in unmittelbarer Nähe von einigen Naturschutzgebieten ist.

Die Gemeinde Lubmin und der Zweckverband Lubminer Heide haben bei Ihren bisherigen Planungen für diesen Standort gemeinsam mit den Energiewerken Nord äußerst sensibel in diesem Spannungsfeld agiert. In der Errichtung eines Steinkohlekraftwerkes am Standort Lubmin sehen wir jedoch erstmals ein deutliches Abweichen von dieser Linie. Wir sehen vor allem einen enormen Imageschaden für unsere Gesundheits- und Tourismuswirtschaft. Warum sollte man noch auf Usedom oder Rügen Urlaub machen wollen, wenn einen dort lediglich die gleichen Erholungschancen wie auf dem heimischen Balkon erwarten.

Das erklärte Ziel unserer Landesregierung ist es, Mecklenburg-Vorpommern zum „Gesundheitstourismusland Nummer 1“ in Deutschland zu entwickeln. Mit seinem maritimen Klima und seiner Luftreinheit verfügt unser Bundesland dafür über ein elementares Alleinstellungsmerkmal. Dieses Alleinstellungsmerkmal sehen wir aber im Falle eines Kohlekraftwerkbaus als massiv gefährdet an. Nicht nur die auf Wellness- und Gesundheitstourismus ausgerichteten Beherbergungsunternehmen, sondern auch die zahlreichen medizinischen Einrichtungen werden ihrer wirtschaftlichen Grundlage beraubt. Die Seebäder bzw. Seeheilbäder werden zwangsläufig ihren Status verlieren.

Mecklenburg-Vorpommern hat dagegen die besten Voraussetzungen im Energiemix für Deutschland einen bedeutenden Anteil bei regenerativer Energiegewinnung zu erbringen. Auf diesem Gebiet verfügt unser Bundesland bereits über bedeutende Kapazitäten und jede Menge Potenzial, auch als Forschungsstandort einen erheblichen Beitrag für die gesamte Bundesrepublik zu realisieren.

In Ihrer Regierungserklärung vom 26. April 2007 im deutschen Bundestag haben Sie Deutschland, und damit uns allen, hohe Ziele zur Reduktion der Treibhausgase gesetzt. Dies begrüßen wir ausdrücklich, obwohl wir schon der Meinung sind, dass es noch besser ginge! Dass dies ohne die Rücknahme des Auslaufens der Kernenergiegewinnung geschehen soll, haben wir ebenso mit großer Freude zur Kenntnis genommen. Daß Kohlekraftwerke, die bereits eine längere Laufzeit haben, einer Ertüchtigung hinsichtlich der geltenden Rechtsvorschriften bedürfen, halten wir für selbstverständlich. Dies würde aber unseres Erachtens im Zusammenhang mit den sonstigen von Ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen ausreichen, um die ansonsten von Ihnen beschriebene Energielücke zu füllen. Wenn man bedenkt, dass nur durch das Weglassen der

Stand-by-Funktion an elektrischen Haushaltsgeräten und -apparaten zwei Steinkohlekraftwerke unnötig würden, wird deutlich, dass es noch erhebliche Potenziale gibt.

Dass neue Kraftwerksstandorte erschlossen werden müssen, davon war bei Ihren bisherigen Ausführungen nie die Rede. Allerdings sprachen Sie in der Öffentlichkeit immer von 40 bis 45 Standorten an denen Planungen für Kraftwerke auf neuestem Standard vorgesehen seien. Dies haben wir immer als Ertüchtigung der bestehenden Standorte verstanden. In Ihrer Erwiderung auf die Angriffe des EU-Kommissars Dimas haben Sie dies jedoch inzwischen relativiert. Wir haben das, was Sie da gesagt haben, so verstanden, dass es jetzt noch um einen direkten Bedarf von 3 Braunkohle-, 5 Steinkohle und 7 Gaskraftwerken ginge. Wenn es also tatsächlich nur noch um 5 Steinkohlekraftwerke geht, warum muss dies dann an einem so sensiblen Standort wie Lubmin passieren? Wäre es nicht wesentlich sinnvoller, wenn dies an bestehenden Standorten geschehen würde, was außerdem die Umweltbedingungen dieser Regionen deutlich verbessern würde?

Auch treiben uns solche Fragen um:

- Steht der Stand der Technik, nach dem diese Kraftwerke für die nächsten 40 Jahre gebaut werden sollen, nicht gerade unmittelbar vor einem Quantensprung? Wenn also die Genehmigungen für diese Kraftwerke nach den jetzt noch geltenden Rechtsvorschriften erteilt werden, machen zwar die Investoren ein Schnäppchen, aber unsere Erde zieht dabei den Kürzeren! Außerdem steht zu befürchten, dass diese Investitionen nicht zukunftssicher sind.
- Warum wird Kohle bei den Grenzwerten der Emissionen gegenüber anderen Energieträgern bevorzugt? Bei Kohle aus Australien oder sonst woher in dieser Welt, besteht dafür keine Notwendigkeit wie sie einstmals mit dem Allokationsplan beabsichtigt wurde.
- Apropos Australien: Was hat das mit Klimaschutz zu tun, wenn sich die Bundesrepublik auf Kosten der in Australien billig und unter schlechten Sozialstandards geförderten Kohle sauber machen will. Hinzu kommt der ungerechtfertigte Wettbewerbsvorteil der sich aus dem un versteuerten Treibstoff der Kohletanker ergibt, und der also von dem hoch industrialisierten Deutschland hingenommen bzw. schamlos genutzt werden soll.
- Wie lange wird es dauern, bis die acht Maßnahmenbereiche, die Sie in Ihrer Regierungserklärung aufgezeigt haben umgesetzt werden? Und sehen Sie nicht auch da noch erhebliches Steigerungspotenzial?

Zu all' diesen Fragen würden wir gern mit Ihnen und mit den für das Genehmigungsverfahren zuständigen Vertretern unserer Landesregierung persönlich ins Gespräch kommen. Deshalb laden wir Sie herzlich ein, uns möglichst noch vor der Sommerpause zu besuchen. Wir würden unsere Fragen gern mit Ihnen vor Ort beraten. Und Bitte bringen Sie sich Zeit für uns mit. Wir wollen ernsthaft zu einer Lösung kommen, ohne mit Transparenten vor dem Berliner Parlament stehen zu müssen.

Selbstverständlich würden wir aber auch zu Ihnen kommen.

Mit freundlichen Grüßen,

Michael Voitacha
Vereinsvorsitzender